

### Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/024(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 10.10.2006	Altes Rathaus, Beimzimmer	17:00Uhr	19:45Uhr

#### Tagesordnung:

##### Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Öffentliche Sprechstunde
5. Beschlussvorlagen
6. Informationen
  - 6.1 Haushaltsplan 2007; Haushaltssatzung 2007; Finanzplan bis 2009;  
Stellenplan 2007 DS0349/06
  - 6.2 Information zur Arbeit der Interventionsstelle,  
Frauenhaus/Frauenhausberatungsstelle der LH MD (Frau Zeiger/  
Frau Herrmann) I0238/06
  - 6.3 Stellungnahme zur Anfrage des FuG-Ausschusses zur  
geschlechterorientierten Kinder- und Jugendarbeit (Frau Dr. Arnold,  
Amt 51) I0255/06
  - 6.4 Mehrgenerationenhaus in Magdeburg A0121/06
  - 6.5 Mehrgenerationenhaus in Magdeburg A0121/06/1
  - 6.6 Mehrgenerationenhaus in Magdeburg, Herr Dr. Ingo Gottschalk S0167/06
7. Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Huhn, Dagmar

**Mitglieder des Gremiums**

Hildebrand, Jürgen Dr.

Paqué, Sabine

Rink, Johannes

Siedentopf, Uta

**Sachkundige Einwohner/innen**

Bühnemann, Bärbel

Schumann, Carola

**Geschäftsführung**

Beier, Editha

Köppe, Yvonne

Ponitka, Heike

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Frömert, Regina

Heinemann, Klaus

**Beratende Mitglieder**

Altmann, Martin

**Sachkundige Einwohner/innen**

Hausmann, Christian

**Öffentliche Sitzung**

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Frau Huhn begrüßt alle Anwesenden und Gäste und eröffnet die Sitzung.

Frau Huhn stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Frau Huhn gibt bekannt, dass es Änderungen in der Abhandlung der Tagesordnungspunkte geben wird. Der TOP 6.6 Haushalt wird als Erstes besprochen. Danach kommt der TOP 6.5, dann TOP 6.4 und am Schluss TOP 6.1 – 6.3.

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift

---

Die Niederschriften der Ausschusssitzungen vom 11.07.2006 und vom 12.09.2006 werden bestätigt.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

### 4. Öffentliche Sprechstunde

---

Zur öffentlichen Sprechstunde sind Vertreter der Leibniz-Sekundarschule erschienen. Herr Biedermann (stellvertretender Schulleiter) berichtet über die geplante Schließung dieser Schule. Derzeit besuchen 280 SchülerInnen, davon 56 ausländische Kinder (14 verschiedene Nationen), diese Schule. Der Standort ist sehr zentral, am Hasselbachplatz. Auch wurden im letzten Jahr ca. 10 Millionen Euro in die Sanierung und Renovierung dieser Schule seitens der Landeshauptstadt Magdeburg investiert. Nun droht im Jahr 2008 die Schließung der Schule und die Übergabe des Gebäudes an die Volkshochschule.

Das Miteinander an dieser Schule ist in den letzten Jahren nicht leicht gewesen, berichtet Herr Biedermann weiter. Durch die Zusammenlegung mit zwei anderen Schulen gestaltete sich die Integration der Schülerinnen und Schüler als schwierig. Durch viel liebevolle und geduldige Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer und auch der Eltern, gelang jedoch das „Zusammenwachsen“ der SchülerInnen. An dieser Schule wird Förder- und Integrationsunterricht groß geschrieben. Viele Projekte sind auf die Beine gestellt wurden, u. a. das Projekt „produktives Lernen“. Die SchülerInnen der 8. Klassen sind für 2 Jahre an diesem Projekt beteiligt. Zwei Tage in der Woche sind die SchülerInnen in der Schule und an drei Tagen der Woche in einem Praktikum. Dieses Projekt gibt es seit dem letzten Jahr. Auch in diesem Jahr ist wieder eins gestartet (Dauer 2 Jahre).

Auch ist es dem Kollegium nicht klar, warum plötzlich von einer Schließung dieser Schule gesprochen wird, denn von Seiten der Landeshauptstadt wurde die Aussage getroffen, dass diese Schule „sicher“ sei.

Die Delegation der Leibniz-Sekundarschule bittet um Unterstützung des Ausschusses für Familie und Gleichstellung. Mit der Schließung dieser Schule würden viele Projekte, die verstärkt in den Nachmittagstunden stattfinden, wegbrechen. Auch die „Besiedelung“ innerhalb dieses Stadtteils würde sich ausdünnen, da viele Familien umziehen müssten, damit die Schulwege für die Kinder nicht so weit sind.

Frau Huhn bedankt sich für die ausführliche Darlegung der Sachlage. Schwierig ist, dass es von Seiten des Landesverwaltungsamtes keine 2. Ausnahmegenehmigung geben wird. Dies sei aus der juristischen Perspektive nicht möglich, zumindest nach Aussage des Amtes, sagt Frau Huhn.

Herr Dr. Hildebrand ist das Problem oder der Sachverhalt zur Leibniz-Sekundarschule ebenfalls schon bekannt. Dies wurde innerhalb der Fraktion bereits diskutiert. Dem Stadtrat soll der Vorschlag bzw. der Antrag vorgelegt werden, vor der Entscheidung zur Schulschließung erst eine Elternbefragung durchzuführen. Diese Antrag wird bei der heutigen Tagung des Bildungsausschusses vorgelegt und soll auch heute entschieden werden. Ziel ist es, die Eltern stärker ins „Boot“ zu holen und erst im Februar 2007 eine Entscheidung durch den Stadtrat zu erreichen.

Herr Biedermann fügt hinzu, dass lt. Herrn Krüger (Schulverwaltungsamt) die Vorlage bzw. der Beschluss zur Schulschließung noch nicht endgültig ist. Wenn die Abgeordneten anders entscheiden, besteht die Möglichkeit der Überarbeitung der Vorlage oder des Planes.

Frau Bork (in Vertretung für Frau Frömert anwesend) sagt, dass lt. Entwicklungsplan am Ende nur vier normale Sekundarschulen erhalten werden sollen. Hier stellt sich die Frage, welcher Schulweg ist für die Kinder zumutbar!? Auch sei vor einem Jahr im Stadtrat die Aussage getroffen worden, dass keine Sekundarschule gefährdet ist.

Frau Beier sagt, dass es zwei große Themen gibt, die hier eine Rolle spielen. Das sind Partizipation und Integration. Es gibt hier zwar Zugeständnisse aber auch viele „Stolpersteine“. Sie unterbreitet den Vorschlag, dass der Ausschuss einen Prüfauftrag zur erneuten Ausnahmegenehmigung auf den Weg bringen sollte.

Frau Ponitka äußert, dass sie es wirklich bedenklich findet, wenn die Kinder erneut die Schule wechseln müssen und sich wieder neu integrieren und anpassen müssen. Das wäre dann der 3. Schulwechsel. Sie hält dies für unzumutbar.

Frau Paqué sagt, dass es hier nicht nur im einen anderen oder neuen Schulweg für die Kinder geht, sondern auch um den dritten Umzug der SchülerInnen.

Frau Huhn bittet um Abstimmung zum vorgeschlagenen Antrag seitens des Ausschusses auf den Prüfauftrag.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

## 5. Beschlussvorlagen

---

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

## 6. Informationen

---

6.1.	Haushaltsplan 2007 Haushaltssatzung 2007 Finanzplan bis 2009 Stellenplan 2007	DS0349/06
------	--	-----------

---

Frau Jürgens vom Fachbereich 02 gibt eine kurze Einführung zur Drucksache DS0349/06.

Weiterhin sagt Frau Jürgens, dass das Amt erst am 07.09.2006 die Orientierung bezüglich des Haushaltes erhalten hat. Daraufhin musste die komplette Planung noch einmal umgestellt werden. Auch hat die Kommune u. a. Einspruch gegen die Belastung durch Hartz IV eingelegt. Hier geht es um ca. 10 Millionen Euro ab 2007. Dieser Betrag wurde auch in den Haushaltsplan nicht eingearbeitet. Im Jahr 2007 wird die Landeshauptstadt einen Fehlbedarf oder Fehlbetrag von 115 Millionen verbuchen können. Das sind 10 Millionen Euro mehr als ursprünglich veranschlagt.

In den kommenden Jahren wird die Tendenz leider steigend sein, sagt Frau Jürgens. Jedoch ist der Vermögenshaushalt ausgeglichen.

Frau Huhn bedankt sich bei Frau Jürgens für die Einführung zur Drucksache zum Haushalt 2007.

Frau Ponitka stellt die Frage, warum im Bereich „Hilfe für Erziehung“ im Haushalt 200.000,- Euro gestrichen werden sollen.

Frau Jürgens sagt dazu, dass es hier eine Analyse gab und das Amt mit dieser Streichung einverstanden war. Diese Mittel waren lt. Aussage des Amtes frei. Zu diesem Sachverhalt könnte man bei Frau Dr. Gersbacher anfragen.

Zum Haushalt des Amtes für Gleichstellungsfragen ist folgendes zu sagen:

- Das Budget wurde um 1.800,- Euro gekürzt.
- Eine Korrigierung der Planstellen von 2,9 auf 3,0 muss noch erfolgen.
- Bis zum 15.11.2006 müssen alle Anträge der Vereine (auf Zuwendungen) vorliegen.

Frau Huhn sagt, dass man im Zuge der Haushaltsplanung eine langfristige Planung anstreben sollte und teilt deshalb drei Vorschläge bzw. Anträge an den Vorsitzenden des Stadtrates zur Diskussion aus.

Zuerst wird über den Antrag „Magdeburgpass“ diskutiert.

Hier geht es um den Antrag auf Bewilligung des Passes für die Hilfebedürftigen bereits ab Januar 2007.

Dazu sagt Frau Bork, dass es sich bei dieser Leistung um eine freiwillige Ausgabe der Stadt handelt und diese erst nach Genehmigung des Haushaltes freigegeben wird.

Herr Dr. Hildebrand sagt, dass man den Antrag eventuell umformulieren sollte.

Darauf wirft Frau Ponitka die Frage ein, ob hier nicht die „1/12-Regelung“ zur Anwendung kommen könnte.

Frau Jürgens meint dazu, dass diese Regelung auf den Magdeburgpass nicht zutrifft bzw. nicht anwendbar ist.

Frau Paqué sagt, dass zwar alle das Problem sehen und auch anerkennen, aber niemand unternimmt etwas dagegen.

Frau Huhn äußert ebenfalls ihren Unmut darüber, denn leider ist hier praktisch keine Rückwirkung vorhanden. Fahrtkosten können zum Beispiel nicht rückwirkend erstattet werden. Vielleicht sollte man den Antrag als einen Prüfantrag stellen, um prüfen zu lassen, was es hier überhaupt für Möglichkeiten gibt.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

Bei dem Antrag „Europamittel für soziale Projekte“ geht es um die Überprüfung, ob zusätzliche Europafördermittel durch die Kommune für die Familien und Sozialprojekte in 2007 in Anspruch genommen werden können.

Frau Beier erklärt, dass dieser Antrag zum einen im Zusammenhang mit dem Jahr der Chancengleichheit der EU gestellt und zum anderen durch die Neuauflage des EFS-Fonds für 2007 aufgegriffen werden könnte.

Frau Bork ist der Meinung, dass auch hier eine Umformulierung des Antrages nötig ist. Dieser Antrag müsste spezifischer bzw. eingegrenzt werden.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

Bei dem dritten Antrag („Erweiterung der Tafeln/ Kleiderkammern“) geht es um die Erweiterung des Angebotes an Tafeln für hilfebedürftige Bürgerinnen und Bürger.

Man könnte noch zusätzlich die Nutzung oder Erweiterung der Räumlichkeiten in den Antrag formulieren.

Frau Bork sagt, dass dieser Antrag auch als Prüfantrag oder –auftrag gestellt werden sollte.

Frau Paqué spricht sich ebenfalls für eine Umformulierung aus.

Herr Rink ist der Meinung, dass eine Prüfung des Bedarfs erforderlich ist, um den Antrag entsprechend zu formulieren. Die AQB könnte zum Beispiel einbezogen werden, weil hier bereits umfassende Erfahrungen bzw. Kenntnisse vorliegen.

Frau Huhn sagt, dass es hilfreich ist mit der AQB Kontakt aufzunehmen, um mehr Wissen über Hintergründe zu erlangen. Dadurch bekommt man bessere Ansatzmöglichkeiten zum stellen eines solchen Antrages.

Zur nächsten Sitzung könnten z. B. die Caritas und die AQB eingeladen werden, um darüber zu reden bzw. Informationen zu erhalten. Frau Huhn bittet dies zu prüfen.

Nun folgt die Abstimmung zur Kenntnisnahme des Haushaltes für 2007: 6 / 0 / 0

6.2.	Stellungnahme zur Anfrage des FuG-Ausschusses zur geschlechterorientierten Kinder- und Jugendarbeit (Frau Dr. Arnold, Amt 51)	I0255/06
------	---	----------

---

Frau Dr. Arnold gibt eine kurze Einführung zur Information.

Weiter sagt sie, dass eine Verstärkung der geschlechterorientierten Arbeit bei den Kolleginnen deutlich zu spüren ist. Auch wurde die Koordination mit dem Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendarbeit LSA e. V. weiter vertieft. Es gibt viele Fortbildungsangebote in Bezug auf Gender Mainstreaming. Die Vernetzungen etablieren sich zunehmend.

Auch dass es, seit Frau Pohle da ist, nun einen Jungen-Arbeitskreis gibt ist sehr positiv, sagt Frau Dr. Arnold.

Frau Dr. Arnold berichtet weiterhin, dass es seit 2 Jahren ein Controllingverfahren gibt an dem 30 Einrichtungen beteiligt sind (10 Kommunale und 20 Freie Träger). Derzeit beschäftigt sich eine AG mit der Auswertung der Ergebnisse, welche dann dem Ausschuss vorgelegt wird.

Problematisch gestaltet sich jedoch die Arbeit mit den Eltern zum Thema Geschlechtsspezifik. Hier liegt leider wenig Interesse der Eltern bezgl. der Freizeitgestaltung der Kinder vor.

Frau Paqué sagt, dass es eventuelle sinnvoll wäre, den Eltern die Diskrepanz zwischen Jungen- und Mädchenarbeit aufzuzeigen. Dadurch könnte mehr Verständnis erreicht werden.

Während der Gesprächsrunde wird zugestimmt, diese Information zur Diskussion im Jugendhilfeausschuss zu empfehlen.

Frau Huhn bedankt sich bei Frau Dr. Arnold für die Ausführungen und stellt abschließend positiv fest, dass die Verwendung der Mittel an richtiger Stelle gewährleistet ist.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

6.3.	Information zur Arbeit der Interventionsstelle, Frauenhaus/Frauenhausberatungsstelle der LH MD (Frau Zeiger/ Frau Herrmann)	I0238/06
------	---	----------

---

Frau Herrmann gibt eine kurze Einführung zur Information „Interventionsstelle“.

Weiterhin erläutert sie, dass es einen Zuwendungsvertrag mit dem Ministerium für Gesundheit und Soziales gibt, der auf 2 Jahre befristet ist. Dieser Vertrag läuft in diesem Jahr aus. Eine Verlängerung ist bereits beantragt.

Frau Herrmann sagt, dass besonders im Arbeitsfeld „STALKING“ eine deutliche Erhöhung der Beratungen zu verzeichnen ist. Hier liegt eine rapide Zunahme (60 % mehr als 2005) der Beratungen vor. Eine Verstärkung der Präventionsarbeit zusammen mit der Polizei und mit den Gerichten wird folgen.

Frau Paqué fragt, was die 60 % mehr als 2005 bedeuten. Handelt es sich hier um mehr Gewalt als im Vorjahr oder um mehr Wahrnehmung dieser Beratungen?

Frau Herrmann sagt, dass es sich hier um die verstärkte Wahrnehmung der Beratungen handelt.

Frau Huhn bedankt sich bei Frau Herrmann und gibt das Wort an Frau Zeiger weiter.

Frau Zeiger gibt ebenfalls eine kurze Einführung zur Information „Frauenhaus“.

Sie weist darauf hin, dass in der vorliegenden Info eine Korrektur vorgenommen werden muss. Die Auslastung des Frauenhauses lag im Jahr 2005 bei den Frauenplätzen bei 90,1 % und bei den Kinderplätzen bei 60,9 %.

Frau Zeiger sagt, dass unbedingt Hilfe zur Verständigung mit den ausländischen Frauen und Kindern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, gebraucht wird. Eine Dolmetscherin wäre von Nöten, da männliche Übersetzer oft aus der eigenen Verwandtschaft kommen und das Vertrauen der Frauen zu ihnen nicht gegeben ist. Die männlichen Verwandten spielen die Probleme oft herunter.

Sie berichtet, dass ausländische Frauen sehr oft nicht im Frauenhaus bleiben können oder dürfen, weil die Zahlung der Leistung im Frauenhaus nicht gewährt wird! Das bedeutet, dass die Frauen zurück in die Asylbewerberheime müssen und keinen Schutz durch das Frauenhaus erhalten.

Frau Beier sagt dazu, dass sie sehr betroffen über die hohen Zahlen der Auslastung des Frauenhauses ist und dass unbedingt etwas in Bezug auf die Verweisung der Frauen zurück ins Asylbewerberheim getan werden muss. Hierzu wird Frau Beier mit Frau Zeiger und dem Sozialamt Kontakt aufnehmen.

Weiter sagt Frau Zeiger, dass die Aufnahme des „Daphne-Programms“ in die Frauenhausarbeit sehr wichtig ist. Nicht nur Kinder, die Gewalt erfahren brauchen Hilfe auch die Kinder, die Gewalt erleben und mit ansehen müssen sind traumatisiert und sind auf Hilfe angewiesen. Mittel dazu könnten aus dem EU-Programm „Daphne“ beantragt werden. Frau Beier wies auf die Anwesenheit einer Vertretung des Jugendamtes hin. Hier müsste diesbezüglich kooperiert werden. Sie wird sich dafür einsetzen.

Frau Huhn bedankt sich bei Frau Zeiger für ihre Ausführungen und bittet die Mitglieder des Ausschusses um Abstimmung zu beiden Informationen.

Abstimmung über beide Informationen: 6 / 0 / 0

6.4. – 6.6 Mehrgenerationenhaus in Magdeburg, Herr Dr. Ingo Gottschalk	A0121/06, A0121/06/1, S0167/06
--	--------------------------------------

---

Herr Dr. Gottschalk gibt eine kurze Einführung zur Information bzw. Stellungnahme zum „Mehrgenerationenhaus“.

Er sagt weiterhin, dass jährlich 40.000,- Euro zur Verfügung stehen. Eine Bewilligung des Mehrgenerationenhauses wird nicht ohne eine Abstimmung in Magdeburg erfolgen. Es gibt bereits 3 bis 4 Bewerber im Onlineverfahren.

Die Vernetzung und der Austausch zwischen den regionalen Gruppen wird zunehmend verstärkt.

Nähere Informationen zu diesem Thema können der ausführlichen Stellungnahme, welche allen vorliegt, entnommen werden.

Frau Huhn bedankt sich bei Herrn Dr. Gottschalk und bittet um Abstimmung zur Stellungnahme.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

## 7. Verschiedenes

---

Herr Dr. Gottschalk macht kurz auf den Magdeburg-Unternehmen-Wettbewerb aufmerksam. Hier geht es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Firmen mit Sitz in Magdeburg und bis zu 250 Beschäftigten können daran teilnehmen. Dieser Wettbewerb findet in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Magdeburg und der Stadtsparkasse Magdeburg statt und wird vom Magdeburger Bündnis für Familie koordiniert.

Herr Dr. Gottschalk bittet um Verteilung der Infoblätter.

Frau Huhn bedankt sich bei Herrn Dr. Gottschalk.

Herr Dr. Hildebrand informiert darüber, dass Frau Frömert lt. Beschluss der Fraktion Die Linkspartei.PDS zukünftig nicht mehr Mitglied des Ausschusses für Familie und Gleichstellung sein wird und an ihrer Stelle Frau Bork teilnehmen wird. Die Frage ist nun, ob Frau Bork die Funktion der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden auch übernimmt oder ob hier neu abgestimmt bzw. gewählt wird.

Frau Huhn nimmt diese Information zur Kenntnis und will diesen Sachverhalt prüfen.

Herr Dr. Hildebrand bittet darum, den Bericht der Psych AG bei der nächsten Ausschusssitzung vorstellen zu können. Eine Entscheidung dazu wird noch folgen.

Die Terminvorschläge für die Sitzungen des Ausschusses im Jahr 2007 wurden mit der Mehrheit der Stimmen angenommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dagmar Huhn  
Vorsitzende

gez. Yvonne Köppe  
Schriftführerin